

## g der Personenfreizügigkeit

KONTRA

## Einwanderung muss steuerbar bleiben

Klar, die Schweizer Wirtschaft braucht ausländische Arbeitskräfte. Nur hat dies nichts mit Personenfreizügigkeit zu tun. Die Schweiz kann immer so viele Fachkräfte einwandern lassen, wie sie will. Personenfreizügigkeit heisst etwas ganz anderes: Sie bedeutet, dass die Behörden eines Landes die Einwanderung nicht mehr kontrollieren können. Das heisst, der Staat kann nicht mehr kontrollieren, wie viele Leute kommen und wie gut ausgebildet diese sind. Mit der Personenfreizügigkeit kann jeder kommen, der Arbeit sucht oder sich auf einen Arbeitsvertrag stützt. Oder er kann als selbständig Erwerbender einwandern; gleichgültig, woher er kommt, welche Religion er hat, welche Arbeitsmentalität er aufweist.

Die Folgen sind trotz Übergangsfristen und flankierenden Massnahmen bereits sichtbar: Die Schweizer Wohnbevölkerung hatte 2007 die stärkste Zunahme seit Jahren. Mit 75 400 Personen lag der



Lukas Reimann

SVP-Nationalrat, Kanton St. Gallen

minalität europaweit bekannt sind, droht ein Kriminalitätsanstieg. Der Sozialmissbrauch steigt, weil alle Einwanderer nach kurzer Zeit Anrecht auf volle Sozialleistungen haben. Das Schweizer Arbeitslosengeld übersteigt den bulgarischen oder rumänischen Durchschnittslohn um ein Vielfaches.

## «Der Sozialmissbrauch steigt, weil alle Einwanderer nach kurzer Zeit Anrecht auf volle Sozialleistungen haben.»

Lukas Reimann

Wanderungssaldo um satte 92 Prozent über den Zahlen aus dem Jahr 2006. Nach 1961/62 ist das die höchste Zuwanderung. Grund dafür ist die Personenfreizügigkeit. Dabei zählt der Ausländeranteil der Schweiz schon jetzt weltweit zu den höchsten.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss die Einwanderung gebremst werden können. Angesichts des schwankenden Arbeitsmarktes und der drohenden Rezession muss die Schweiz einem wahrscheinlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit vorbeugen können. Dies ist mit Personenfreizügigkeit nicht möglich. Unkontrollierte Einwanderung ist der stärkste Treiber für höhere Arbeitslosigkeit und Sozialkosten.

Da Rumänien und Bulgarien für Mafiastrukturen und Bandenkri-

Dazu müsste die Schweiz neue Kohäsionszahlungen von 257 Millionen Franken an Rumänien und Bulgarien leisten. Das ist absurd! Sogar die EU selbst hat Zahlungen an Bulgarien wegen horrender Korruption eingefroren.

Die Alternative ist eine eigenständige Ausländerpolitik, die flexibel und dem Markt entsprechend reagieren kann. Das EU-Modell ist starr und einseitig. Die Schweiz kann mit allen Staaten Verträge abschliessen, bei welchen freie Einwanderung im gegenseitigen Interesse liegt. EU-Personenfreizügigkeit bedeutet aber, dass alle kommen, bleiben und profitieren können. Die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien ist besonders verhängnisvoll, weil der gesamte Balkan und sogar die Türkei folgen.